

<b>Beschlussvorlage</b>	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Florian Kötter 563-5893 563-8020 florian.koetter@stadt.wuppertal.de
	Datum:	24.11.2014
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0915/14</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>10.12.2014</b>	<b>Hauptausschuss</b>	<b>Empfehlung/Anhörung</b>
<b>15.12.2014</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>	<b>Entscheidung</b>
<b>38. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 09. bis 11. Juni 2015 in Dresden</b>		
<b>Entsendung der Delegierten der Stadt Wuppertal</b>		

### Beschlussvorschlag

Zu Delegierten für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages werden bestellt:

1. Frau Stv. Renate Warnecke – SPD-Fraktion (Stellvertreter Herr Stv. Klaus Jürgen Reese)
2. Herr Stv. Michael Müller – CDU-Fraktion (Stellvertreter Herr Stv. Michael Wessel)
3. Herr Stv. Marc Schulz - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Stellvertreterin Frau Bürgermeisterin Bettina Brücher)
4. Herr Stv. Gerd-Peter Zielezinski - Fraktion DIE LINKE (Stellvertreter Herr Stv. Bernhard Sander)

Peter Jung

## **Begründung**

Entsprechend den Bestimmungen der Satzung des Deutschen Städtetages (§ 6 Absatz 2) kann die Stadt Wuppertal vier stimmberechtigte Delegierte zur 38. ordentlichen Hauptversammlung in Dresden entsenden.

Darüber hinaus bin ich als Mitglied des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages kraft Satzung (§ 6 Absatz 3) zur Hauptversammlung stimmberechtigt.

Der Deutsche Städtetag bittet die Mitgliedsstädte, bei der Entsendung der Delegierten – und gegebenenfalls Gastdelegierten – zur Hauptversammlung Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Sitzen in den Vertretungskörperschaften zu berücksichtigen (Wuppertal: 66 Stadtverordnete – davon 23 weiblich).

Die Entsendung erfolgt aufgrund eines einfachen (Mehrheits-) Beschlusses des Rates; als Anhaltspunkt für die Verteilung kann die Berechnung nach Hare-Niemeyer herangezogen werden: SPD 1; CDU 1; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1; DIE LINKE 1.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt Wuppertal wird dem Rat der Stadt empfohlen, auf die fakultative Benennung von Gästen aus finanziellen Erwägungen (Minimierung der Fahrt- und Hotelkosten) zu verzichten.